



**bwp@ Spezial HT2023 | Januar 2024**

## Hochschultage Berufliche Bildung 2023

20.-22. März 2023 an der Universität Bamberg

Hrsg. v. **Karl-Heinz Gerholz, Silvia Annen, Rita Braches-Chyrek,  
Julia Hufnagl & Anne Wagner**

**Melanie SITTIG**

(Universität Gießen)

**Förderung im Übergang Schule – Beruf.  
Gelingensbedingungen für Landesstrategien und regionale  
Förderkonzepte der Beruflichen Orientierung**

Online unter:

[https://www.bwpat.de/ht2023/sittig\\_ht2023.pdf](https://www.bwpat.de/ht2023/sittig_ht2023.pdf)

www.bwpat.de | ISSN 1618-8543 | bwp@ 2001–2024

**bwp@**

**www.bwpat.de**



Herausgeber von **bwp@** : Karin Büchter, Franz Gramlinger, H.-Hugo Kremer, Nicole Naeve-Stoß, Karl Wilbers & Lars Windelband

**Berufs- und Wirtschaftspädagogik - online**

---

## **Förderung im Übergang Schule – Beruf. Gelingensbedingungen für Landesstrategien und regionale Förderkonzepte der Beruflichen Orientierung.**

---

### **Abstract**

In der aktuellen Situation des Übergangs Schule – Beruf zeigen sich für die Jugendlichen verschiedene Herausforderungen. Um diesen Prozess zu unterstützen, haben sich Landesstrategien mit verschiedenen Themenschwerpunkten entwickelt, um junge Menschen bei ihrem Weg in das Berufsleben zu unterstützen. Allerdings fehlt derzeit noch ein umfassender Überblick, in welcher Weise auf verschiedenen Ebenen (Bund – Land – Kommunen) erfolgreich Strategien entwickelt, umgesetzt und zu einem Gesamtkonzept verknüpft werden. Daher wurde in der hier skizzierten Qualifikationsarbeit der Forschungsfrage nachgegangen, welche Strukturen eine Landesstrategie aufweisen sollte, um junge Menschen mit Angeboten der Beruflichen Orientierung zu erreichen und somit beim Übergang von der Schule in den Beruf zu fördern.

---

### **Support in the Transition from School to Work. Conditions for Success for State Strategies and Regional Support Concepts for Vocational Orientation.**

---

In the current situation of transition from school to work, various challenges for young people become apparent. To support this process, state strategies with different thematic focuses have developed to help young people on their way into working life. However, there is currently no comprehensive overview of how strategies at different levels (federal – state – local) are successfully developed, implemented and linked into an overall concept. For this reason, the qualification work outlined here pursued the research question of what structures a state strategy should have in order to reach young people with career guidance offerings and thus support them in the transition from school to work.

**Schlüsselwörter:** *Übergang Schule – Beruf, Berufliche Orientierung, Landesstrategien, Förderansätze, Bildungspolitik*

## **1 Einleitung**

Die Thematik der Fachkräftesicherung ist derzeit sehr präsent. In aktuellen Diskussionen und Veröffentlichungen ist sie unter anderem mit dem Themenkomplex des Übergangs von der Schule in den Beruf verbunden. Dies zeigt sich unter anderem in der Bildungsberichterstattung. Darin wird u. a. auf den demografischen Wandel und die daraus resultierende, sinkende Anzahl von Schülerinnen und Schülern verwiesen. Diese wird mit einigen Schwankungen bis 2026

einen Tiefstand erreichen und erst dann wieder ansteigen (vgl. BMBF 2023, 25f.). Diese Prognose lässt den Schluss zu, „dass die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs eine Herausforderung darstellt“ (BMBF 2023, 25).

Hinzu kommt, dass in der Berichterstattung zur Beruflichen Bildung weitere Herausforderungen deutlich werden, mit denen junge Menschen in das Berufsleben starten. So zum Beispiel die Nachwirkungen der Coronapandemie. Unter anderem der Berufsbildungsbericht 2023 zeigt auf, dass die Anzahl der Ausbildungsstellen noch nicht das Niveau aus der Zeit vor der Coronapandemie erreicht hat (vgl. BMBF 2023, 34). Auch die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich im Vergleich zu den Vorjahren reduziert (ebd., 45). Gleichzeitig stieg die Quote junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. Hierbei fallen bestimmte Zielgruppen in der Quote an Ungelernten besonders ins Gewicht. So sind zum Beispiel junge Menschen aus niedrigen Bildungsgängen, junge Männer sowie Personen mit Migrationshintergrund besonders gefährdet, keinen beruflichen Abschluss zu erlangen (ebd., 96f.).

Um junge Menschen mit Schwierigkeiten im Übergang zu unterstützen, besteht im sogenannten „Übergangsbereich“ die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen und sich beruflich zu qualifizieren. Hier zeigt sich im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie (2019), dass diese Unterstützung weniger junge Menschen erreicht hat (ebd., 41).

Die Coronapandemie hat den Übergang Schule – Beruf erschwert, da sie sich als Verstärker von Benachteiligung erwiesen hat (Andresen et al. 2021; Barlovic et al. 2021; Dohmen et al. 2021). Hierbei ist zu ergänzen, dass bei verschiedenen Zielgruppen ungleiche Startbedingungen verzeichnet werden. In Studien über Jugendliche (vgl. Albert et al. 2019; Baethge 2017; Beicht/Walden 2018; Klemm 2015; McDonald’s 2017) wird sichtbar, dass der Weg der jungen Generation beim Übergang von der Schule in den Beruf durch verschiedene Faktoren und Hemmnisse beeinflusst wird. Es zeigt sich spezifischer Unterstützungsbedarf bei Zielgruppen, die sehr heterogen beschrieben werden. Nennen lassen sich u. a. Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche unterschiedlichen Geschlechts, Jugendliche aus unterschiedlichen Schulformen sowie Jugendliche mit Behinderung. Zusammenfassend lässt sich berichten, dass die genannten Zielgruppen vielseitige Herausforderungen und Formen der Benachteiligung zu bewältigen haben. Ihr Lebensweg ist oftmals mit schulischen Schwierigkeiten und Brüchen im Bildungsweg verbunden. Dies hat oftmals negative Auswirkungen auf die Verwirklichung ihrer beruflichen Wünsche (ebd.).

Mit Bezug auf die dargestellten Herausforderungen wird der „pädagogischen Vorbereitung junger Menschen auf den Übergang von der Schule in die Ausbildung“ eine „hohe Bedeutung zugeschrieben“ (Münk/Scheiermann 2018, 93). Besonders wichtig ist hierbei die Unterstützung durch Organisationsformen wie Schulen und Beratungsinstitutionen, um Benachteiligung oder fehlende Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern ausgleichen zu können. So wird die „Förderung von Berufswahl und Berufsorientierung“ als wertvoller „Beitrag zur Integration Jugendlicher“ (ebd.) in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt beschrieben.

Um dies umzusetzen, hat sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Angeboten entwickelt (vgl. BIBB 2016; BMBF 2023, 106ff.). Grundlage institutioneller Förderung sind schulische (vgl. BMBF 2019; Friese 2018; KMK 2017a; Schulgesetzgebung d. Bundesländer) und außerschulische (vgl. u. a. Brüggemann/Rahn 2020; Münder 2020; Rübner 2000) Formen der Beruflichen Orientierung sowie bildungspolitische Programme (vgl. BMBF 2019). Weiterhin bestehen durch die Kultusministerkonferenz Rahmenvorgaben für die schulischen Angebote der Beruflichen Orientierung (vgl. KMK 2017a), welche in die Schulgesetzgebung der Bundesländer eingeflossen sind. Bei der Umsetzung dieser an den Schulen vor Ort nimmt die Schulebene eine wichtige Rolle ein. Hierbei wird die Berufliche Orientierung als Prozess beschrieben, der sich aus verschiedenen Formen von Kompetenzfeststellungsverfahren, berufspraktischen Erfahrungen in schulischen, betrieblichen und überbetrieblichen Bildungsstätten, Betriebspraktika sowie berufsorientierender Beratung zusammensetzt (ebd.). Die Berufliche Orientierung fördert die Einführung Jugendlicher in die Welt des stetigen Wandels „von Berufen sowie von Qualifikations- und Kompetenzprofilen“ (Friese 2020, 363ff.), um sie auf die sich „ständig modifizierende[n] Anforderungen der Arbeits- und Lebenswelt“ (ebd.) vorzubereiten.

Die Maßnahmen der Beruflichen Orientierung im Rahmen der Förderung des Übergangs Schule – Beruf zeigen sich als stark ausdifferenziertes Feld. Die Herausforderung besteht derzeit nicht lediglich in der Bereitstellung fördernder Angebote, sondern vielmehr darin „aus der Fülle der Instrumente, Maßnahmen und Programme die geeigneten und effektiven auszuwählen und zu einem kohärenten Gesamtkonzept zu verknüpfen“, um dem „Maßnahmenschwung“ begegnen zu können (vgl. Brüggemann/Rahn 2020, 16).

Zur Förderung des Übergangs in den Beruf sind in den vergangenen Jahren vielseitige Landesstrategien mit verschiedenen Themenschwerpunkten entstanden. Beispielhaft nennen lassen sich Stadtstaaten, wie zum Beispiel Hamburg oder Bremen, in denen Systeme rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit in Form von Jugendberufsagenturen aufgebaut wurden. Schwerpunkt ist hierbei die gemeinschaftliche Beratung Jugendlicher durch die Agentur für Arbeit (SGB III), das Jobcenter (SGB II) sowie die Jugendhilfe (SGB VIII). Als Beispiel für größere Flächenstaaten lassen sich unter anderem die Landesstrategien „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) in Nordrhein-Westfalen oder „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf“ (OloV) in Hessen anführen. Hierbei stehen Strukturen der koordinierten Zusammenarbeit verschiedener Institutionen im Vordergrund.

Beim Blick auf die Angebote Beruflicher Orientierung zeigt sich, dass die „jeweils sicherlich gut gemeinten Initiativen einzelner bildungspolitischer Akteure [...] nur mangelhaft koordiniert“ (Schlee/Enggruber 2020, 14) sind. Dabei wird die „Steuerung der zu wenig auf- und miteinander abgestimmten Maßnahmen auf regionaler Ebene“ als eine „vielversprechende Problemlösungsstrategie“ (ebd.) genannt. In dieser „Vernetzung der Akteure“ liegt eine der „wichtigsten Zukunftsstrategien“ (Münk/Scheiermann 2018, 90), um Bildungslandschaften auf kommunaler Ebene zu gestalten.

Hierbei zeigt sich jedoch ein Mangel an Studien, die sich auf den Gesamtblick lokaler „Vernetzung im Wechselverhältnis mit verschiedenen Programmen auf Bundes- und Landesebene“ (Schlee/Enggruber 2020, 66) beziehen. Dabei ist eine Förderung von Angeboten über mehrere Jahre hinweg wichtig, um die „Unterstützung junger Menschen in einer mehrdeutigen Lebenslage“ zu ermöglichen (ebd.). Denn die Berufliche Orientierung hat „in der Lebenswirklichkeit junger Menschen längst einen Prozesscharakter eingenommen“ (Rübner 2020, 501f.). Dieser verläuft „über mehrere Jahre“ – und somit auch über verschiedene Maßnahmen und Programme hinweg (ebd.).

Vor dem Hintergrund dieser Problemlage wurde in der diesem Beitrag zugrundeliegenden Dissertation (Sittig 2023) die Forschungsfrage bearbeitet: Welche Strukturen sollte eine Landesstrategie aufweisen, um heterogene Zielgruppen mit spezifischem Unterstützungsbedarf mit Angeboten der Beruflichen Orientierung zu erreichen und somit beim Übergang von der Schule in den Beruf zu fördern? Im Folgenden werden das Forschungsdesign und ausgewählte Befunde der Dissertation dargestellt.<sup>1</sup>

## 2 Forschungsdesign und ausgewählte Ergebnisse

Das Forschungsdesign bestand aus einer Kombination verschiedener Methoden und Datenquellen. Im Folgenden wird die genutzte Forschungsmethodik kurz skizziert und dann ausführlicher auf relevante Ergebnisse eingegangen. Handlungsleitend für die Praxis sind insbesondere die Ergebnisse der qualitativen Analyse von Expertinneninterviews, welche in diesem Artikel hervorgehoben werden.

Eingangs wurde eine **Dokumentenanalyse**, d. h. eine kategoriengeleitete Analyse von „archivierten oder virtuellen Textdokumenten“ (Titscher et al. 2008, 263), durchgeführt. Bei dieser wurde eine kategoriengeleitete Übersicht über Angebote sowie Kooperations- und Netzwerkstrukturen in Landesstrategien für den Übergang Schule – Beruf erstellt. Grundlage hierfür waren die Bildungskettenvereinbarungen (2015-2020 zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Landesvertretungen einzelner Bundesländer) sowie die darin genannten landesweiten Konzeptionen der Landesstrategien zum Übergang Schule – Beruf (vgl. Sittig 2023, 40ff.).

Als **Ergebnis** der Dokumentenanalyse zeigte sich, dass landesweite Konzeptionen zum Teil ähnliche Grundlagen und Bildungsmaßnahmen aufweisen, die alle Elemente der Beruflichen Orientierung beinhalten. Formal werden BO-Angebote in allen Bundesländern umgesetzt, denn sie sind im Rahmen der Schulgesetzgebung in Form von Erlassen und Verordnungen vorgegeben (HMWEVW 2019, 41; KMK 2017b; MAGS 2020, 28). Ein wesentlicher Unterschied liegt

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein abgeschlossenes Promotionsvorhaben der Autorin zum Thema „Förderung von heterogenen Zielgruppen im Übergang Schule – Beruf. Eine empirische Untersuchung von Landesstrategien und regionalen Förderkonzepten der Beruflichen Orientierung.“, durchgeführt an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften (Sittig, 2023). Die Autorin verfasste die wissenschaftliche Arbeit in einer Doppelrolle als Forscherin an der JLU Gießen und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der hessenweiten Koordination der hessischen Landesstrategie OloV (vgl. Anmerkungen hierzu in Sittig 2023, 135).

jedoch in der Einbindung der Angebote. In einzelnen Bundesländern wurden Konzeptionen beschrieben, bei denen Strukturen der Kooperation und des Netzwerks von mehreren relevanten Akteuren des Übergangs Schule – Beruf ins Auge fallen. So zum Beispiel die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen der kommunalen und der schulischen Ebene.

Auf Grundlage der Dokumentenanalyse entwickelte sich die Fragestellung, ob und wie Jugendliche durch unterschiedliche Strukturen mit Angeboten der Beruflichen Orientierung zu erreichen sind. Der Fokus der **quantitativen Analyse** lag auf dem Nutzungsverhalten und den Einschätzungen der Jugendlichen zur Relevanz der vermittelten Unterstützung. Daher wurde in einer Sekundäranalyse mit den Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) untersucht, ob sich bei den Jugendlichen die Nutzung bzw. Einschätzung von Angeboten der Beruflichen Orientierung unterscheidet, wenn diese innerhalb unterschiedlicher Strukturen von fördernden Landesstrategien bereitgestellt werden. Daher wurden modellhaft Bundeslandgruppen gebildet, in denen eine langjährig etablierte Landesstrategie zum Übergang Schule – Beruf mit Fokus auf Kooperation und Netzwerk besteht<sup>2</sup> (vgl. Sittig 2023, 91ff.) – oder *nicht besteht*. Das Nationale Bildungspanel (NEPS) stellt Längsschnittdaten über Bildungsaktivitäten und Etappen im Lebensverlauf bereit. So wird die Erforschung des Lebensverlaufs und somit auch die Beschreibung von kausalen Zusammenhängen und Einflussfaktoren auf Bildungswege über längere Lebensphasen hinweg ermöglicht (vgl. Blossfeld et al. 2011, 19ff.). Genutzt wurden die Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) aus den Erhebungswellen zwischen 2012/2013 und 2016/2017 (zur methodischen Begründung vgl. Sittig 2023, 87ff.). Im Fokus standen hierbei Variablen zur Beruflichen Orientierung und Beratung. Weiterhin wurden verschiedene Zielgruppen mit spezifischem Unterstützungsbedarf differenzierter betrachtet.

Die **Ergebnisse** geben Hinweise darauf, dass Jugendliche durch institutionell vermittelte Angebote zur Beruflichen Orientierung in der Schule sowie Beratungsangebote in der Bundeslandgruppe mit langjährig etablierter Landesstrategie mit Fokus auf Kooperation und Netzwerk eher mit fördernden Angeboten erreicht werden können. Die Angebote werden von den Jugendlichen etwas häufiger als „relevant“ wahrgenommen. Dieses Ergebnis zeigt sich zum Teil auch bei der Betrachtung einzelner Zielgruppen. Insgesamt ist jedoch zu konstatieren, dass die Unterschiede zwischen den Bundeslandgruppen eher gering sind.

Auf Grundlage dieser Befunde stellte sich die Frage, wie die rahmengebenden Strukturen der Kooperation und des Netzwerks in der Bundeslandgruppe mit diesem Fokus umgesetzt bzw. gelebt werden, um Jugendliche mit unterstützenden Angeboten der Beruflichen Orientierung zu fördern. In Anlehnung an den Modellvergleich auf quantitativer Ebene wurde in einer **quantitativen Analyse** der Schwerpunkt auf die Gruppe mit langjähriger Landesstrategie gelegt: in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen werden die Landesstrategien „Kein

---

<sup>2</sup> In diese Bundeslandgruppe flossen bei der quantitativen Analyse Daten der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Hessen ein, um Effekte der Landesstrategien „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA, NRW) und „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf“ (OloV, Hessen) abbilden zu können. Sie sind in diesen Bundesländern langjährig etabliert. Die Pilotphase von KAoA begann 2011 (MAGS 2020, 119), die OloV-Strukturen sowie die damit verbundenen Qualitätsstandards wurden seit 2008 umgesetzt (HMWEVW 2019, 12).

Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ sowie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule - Beruf (OloV)“ umgesetzt. Für diesen Part der Forschungsarbeit wurden leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten geführt. Befragt wurden 15 koordinierende Akteure auf Ebene des Landes, der Koordinierungsebene und der Region. Insbesondere bei den Interviews auf regionaler Ebene wurde berücksichtigt, dass darin sowohl die kommunale als auch die schulische Perspektive erfasst wird. Die Interviews wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Gläser und Laudel (2010) ausgewertet.

Auf diese **Ergebnisse** wird im Folgenden ausführlicher eingegangen, da sie umfassende Erkenntnisse über die Art und Weise der Umsetzung der Landesstrategie beinhalten, die insbesondere für die Praxis der Umsetzung von Landesstrategien relevant sind.

Auffallend war in den Interviews mit den Expertinnen und Experten u. a. die **Beschreibung der Herangehensweise zur Förderung von Jugendlichen mit unterstützenden Angeboten**.

Blickt man in die Interviews, so wurde betont, dass allgemeine Angebote für alle Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden. Dies soll die Akzeptanz und Wahrnehmung der Angebote erhöhen und so die Chancengleichheit und „*Bildungsgerechtigkeit*“ (Landesebene, L1, Int. 4, Sgt. 54) stärken:

*„Und gleiche Bildungschancen heißt auch, dass man den Schülerinnen und Schülern zumindest die Möglichkeit gibt, die Angebote wahrzunehmen, unabhängig von einer vorherigen Bedarfsanalyse.“* (Regionale Ebene, Schule, RS4, Int. 3, Sgt. 84).

Weiterhin soll die Defizitorientierung von Konzeptionen der Beruflichen Orientierung sowie die Stigmatisierung Einzelner reduziert werden. Es ist wichtig, die Jugendlichen nicht nur unter einem zugewiesenen/diagnostizierten Merkmal der Hilfebedürftigkeit zu betrachten. Es zeigt sich ein Paradigmenwechsel weg von der Benachteiligtenförderung, der durch diese Zitate veranschaulicht wird:

*„Früher war es so, dass man immer geguckt hat, hast du ein Merkmal, weswegen du dann einen besonderen Förderbedarf hast[,] und heute geht es eigentlich darum, wie nehme ich alle mit?“* (Koordinierungsebene, K2, Int. 1, Sgt. 39).

*„Also heute versucht man zu integrieren, früher hat man sozusagen die Jugendlichen ausgegliedert, die nicht reingepasst haben, ja? Und heute versucht man sie sozusagen zusammen und deswegen denkt man das ja auch zusammen.“* (Koordinierungsebene, K2, Int. 1, Sgt. 57).

Bei der Umsetzung von Angeboten am Lernort Schule wird darauf hingewiesen, dass die Lehrkräfte als unterstützende Schnittstelle – aber auch als Filter agieren, damit die Angebote die Schülerinnen und Schüler erreichen. Insbesondere auf der Planungsebene agieren Funktionsträger mit koordinierenden Aufgaben als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren:

*„[...] in allen möglichen Arbeitsgemeinschaften, [...] da tauche ich auch überall auf[,] und da wird dann immer gefragt, ja, wie ist das denn in der Schule [...], Sie stehen doch hier für die Schule[,] und sagen Sie doch mal, wie können wir denn an die herankommen oder wie können*

*wir denn mit denen arbeiten? Da versucht man dann[,] Kontakte herzustellen.“ (Regionale Ebene, Schule, RS1, Int. 2, Sgt. 60).*

Bei der Frage, welche Angebote umgesetzt werden, stehen aktuelle Bedarfe im Vordergrund:

*„Es stehen gewisse Kompetenzen an, die gefördert werden sollen. Und dann schauen wir nach den Bedarfen, welche jetzt klassenspezifisch bestehen, aber dann natürlich auch individuell, um diese Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördern zu können.“ (Regionale Ebene, Schule, RS3, Int. 3, Sgt. 65)*

Bei Bedarf wird jungen Menschen mit spezifischeren Problemlagen weiterführende Unterstützung angeboten. Dies erfolgt durch die enge Zusammenarbeit der Akteure im Netzwerk bzw. im gemeinsamen Steuerungsgremium:

*„[...] durch die Teilnahme der [...] Mitglieder [Anm.: Mitglieder des regionalen Steuerungsgremiums] da repräsentiert ja auch die einzelnen Institutionen eine Kompetenz, aber auch einen besonderen Ausschnitt von Zielgruppen, Übergang Schule – Beruf zum Beispiel sind ja bei uns die Jobcenter [...]. Und dann ist damit schon mal[,] finde ich[,] klar, dass [...] die sich vor allem um stärker benachteiligte junge Menschen bis 25 auch kümmern, die im Blick haben und entsprechende Angebote haben oder entwickeln.“ (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK2, Int. 2, Sgt. 56).*

Hierbei wird die besondere **Struktur der Zusammenarbeit** deutlich. Diese zeichnet sich durch bestimmte rahmengebende Strukturen aus. So zum Beispiel einem ganzheitlichen System des Zusammenspiels relevanter Akteure des Übergangs Schule – Beruf. Die Akteure agieren einem Netzwerk, in dem verschiedene Ebenen und Zuständigkeiten berücksichtigt werden. Rahmengebend ist die Bündelung von Strukturen durch die Landesebene:

*„Angebote, die [...] relativ unverbunden nebeneinander so [...] sich dargestellt haben, ja, da ist jemand auf die Idee gekommen, [...] lass uns das doch mal alles unter einem Dach zusammenführen!“ (Landesebene, L1, Interview 4, Segment 28).*

Auf der **Landesebene** agieren für den Übergang Schule – Beruf verantwortliche Ministerien und Landesvertretungen in einem Gremium zusammen, so zum Beispiel die Ministerien für Kultus, Arbeit und Soziales, Wirtschaft sowie Wissenschaft, aber auch die länderspezifische Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgebervertretungen (Kammern, wie die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer), Unternehmerverbände und Arbeitgebervertretungen (Gewerkschaften). In gemeinsamer Abstimmung werden handlungsweisende Beschlüsse gefasst:

*„[...] aber immer im Zusammenspiel mit einer, so nennen wir das, Verantwortungspartnerschaft.“ (Landesebene, L1, Int. 4, Sgt. 6).*

Durch die Landesebene werden Vorgaben gesetzt, z. B. durch Erlasse und Verordnungen zur Beruflichen Orientierung von Seiten des Kultusministeriums.



Das Zusammenspiel von zuständigen Akteuren ist auf die **regionale Ebene** in den Kommunen übertragen worden. Auch hier sind Verantwortliche des Ausbildungsmarktes in einem regionalen Steuerungsgremium vereint:

*„Und die sollen vor Ort dafür sorgen mit allen anderen Partnern, dass dort gelingende Übergänge, dass die Angebote aufeinander bezogen werden, dass Angebote unterbreitet werden dementsprechend, aber immer im Zusammenspiel mit einer, so nennen wir das, Verantwortungspartnerschaft. Also wo Akteure der Wirtschaft drin versammelt sind, der Gewerkschaften, des Schulträgers, [...]. Das ist die kommunale Verantwortungsgemeinschaft und die soll koordiniert werden in dem Netzwerk durch die [...] Koordinierung [...].“ (Landesebene, L1, Int. 4, Sgt. 6).*

Gemeinsam werden aufeinander aufbauende Unterstützungsangebote diskutiert, entwickelt und realisiert. Die Planungen hierfür werden in ein Konzept überführt, das verbindlich zwischen den relevanten bildungspolitischen Akteuren vereinbart wird. Die Konzeption wird regelmäßig aktualisiert, auch wenn dies für die Beteiligten durchaus mit Herausforderungen verbunden ist:

*„Und wir alle wissen[,] wie schwierig das ist, wenn man gemeinsame Ziele vereinbart und die aushandelt und formuliert und überarbeitet und noch mal überarbeitet und dann in Schrift gießt, sodass dann auch noch mal die Chefs das unterzeichnen können. Das halte ich für einen der größten Verdienste auf der strukturellen Ebene und natürlich dass an einem vordergründigen Ziel gearbeitet wird, das[s] die Jugendlichen in Ausbildung möglichst schnell vermittelt werden muss [sic] und man muss da ja immer wieder nachbessern.“ (Koordinierungsebene, K1, Int. 1, Sgt. 7).*

Koordiniert wird das regionale Gremium von entsprechenden Funktionsstellen auf kommunaler und schulischer Ebene. Diese fungieren *„als Spinne in diesem Netzwerk“* (Landesebene, L1, Int. 4, Sgt. 10).

Zwischen der Landesebene und der regionalen Ebene finden Arbeitstreffen statt. Ein enger Austausch erfolgt mit den Ministerien, welche die Landesstrategie verantworten. Hierbei sind die Vertretungen der regionalen Ebene im Landesgremium mit Stimmrecht vertreten.<sup>3</sup> Durch diesen Bottom-up-Ansatz können regionale Anliegen, Bedarfe und Empfehlungen in die Planungen auf Landesebene mit einfließen:

*„[...] da sind natürlich noch mal direkte Kommunikationsflüsse passiert, das heißt, es gibt direkte Rückmeldungen auch an die Landesebene und gleichzeitig laufen frühzeitig Informationen dann auf die kommunalen Ebenen.“ (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK2, Int. 2, Sgt. 82).*

Der Austausch zwischen Landesebene und regionaler Ebene wird durch eine **landesweite Koordinierungsstelle** unterstützt. Diese berichtet im Steuerungsgremium auf Landesebene von aktuellen Bedarfen und Prozessen in den Regionen. Berichte werden unter anderem mit

---

<sup>3</sup> Diese Konstellation zeigt sich nur in einem Bundesland der befragten Bundeslandgruppe.

Bezug auf gemeinsam abgestimmte Qualitätsstandards für den Übergang Schule – Beruf erstellt. Weiterhin werden von der Koordinierungsstelle landesweite Veranstaltungen organisiert, bei denen sich die Akteure der Praxis sowie der Koordination auf verschiedenen Ebenen austauschen können:

*„Das heißt[,] wir sind da so ein bisschen das Verbindungsglied auch[,] finde ich[,] und geben auch Plattformen oder Veranstaltungsmöglichkeiten des Austauschs zwischen Landesebene und regionaler Ebene, damit Informationsfluss, Transparenz und so weiter stattfinden kann.“* (Koordinierungsebene, K3, Int. 1, Sgt. 27).

Zudem werden Transparenz und Informationsvermittlung durch die Öffentlichkeitsarbeit der Koordinierungsstelle (Internetauftritt, Newsletter etc.) gefördert.

Betrachtet man in den Interviews genauer, **wie die rahmengebenden Strukturen in der Praxis „gelebt“ werden**, so wird die offene Kommunikation untereinander besonders hervorgehoben. Das gilt für den Austausch zwischen Land und Regionen, der in landesweiten Veranstaltungen, aber auch ganz konkret in direkten Austauschtreffen (Land – regionale Koordination) sowie durch die stimmberechtigten regionalen Vertretungen im landesweiten Steuerungsgremium stattfindet:

*„[...] auch in den anderen Formaten sind unsere Grundsätze immer, bei uns gibt es keine Maulkörbe, bei uns darf alles gesagt und gefragt werden. [...] Und in den ersten Jahren, [...] waren die Diskussionen durchaus schon mal hitzig. Es gab schon einige [...], die da auch immer dafür standen, dass es jetzt deutliche Kritik an der Landesebene gibt [...].“* (Koordinierungsebene, K1, Int. 1, Sgt. 33).

Die koordinierten Austauschplattformen haben eine positive Auswirkung auf die Stimmung und die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen:

*„Also ich glaube, ich habe das wirklich auch gespürt, es hat ganz, ganz viel in der Stimmung geändert. Also die fühlen sich [...] inzwischen sagen wir ernst genommen, man redet mit ihnen, sie sehen sich auch als Vertreter der einzelnen Regionen [...], tauschen sich vorher aus und kommen da mit ihren Anliegen rein.“* (Landesebene, L2, Int. 5, Sgt. 28).

Die offene Kommunikation wird von den Interviewten auch bezüglich der Abstimmung in den Regionen beschrieben. Gemeinsam können Planungen und Unterstützungsangebote an der Situation vor Ort ausgerichtet und Bedarfe konkret abgestimmt werden. Insbesondere die schulische Ebene ist wichtig für die optimale Ausgestaltung der Maßnahmen für die Schülerschaft:

*„Und in diesen [...] Sitzungen geht es natürlich um den regen Austausch darüber, welche Unterstützungsbedarfe die Schulen und letztendlich die Schülerinnen und Schüler haben bezüglich ihres BO-Programms, das Ganze weiterzuentwickeln, zu optimieren. Und wir fragen da schon nach und tauschen aus, was es für Themen oder Projekte, Initiativen zukünftig geben soll, woran wir alle arbeiten. Um den Schülern bestmöglich [...] so was auf den Weg zu bringen.“* (Regionale Ebene, Schule, RS4, Int. 3, Sgt. 99).

Die Koordination auf kommunaler Ebene hat dabei eine Schlüsselposition der Vermittlung von schulischen Bedarfen an Netzwerkpartner bzw. die Partner des gemeinsamen steuernden Gremiums. So können Angebot und Nachfrage zusammengeführt werden:

*„Da sind wir so was wie der Mittler dann an der Stelle. Da unterstützen wir aber dann zielgruppenspezifisch, so wie es die Schule braucht. Da wendet sich die Schule mit Fragen an uns und wir gucken, dass wir im [...] Netzwerk den richtigen Ansprechpartner plus die jeweilige Schule zusammenbekommen.“* (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK4, Int. 3, Sgt. 81).

Die Landesvorgaben (Konzeption des Landesprogramms, Vorgaben für die Berufliche Orientierung) sowie die darin verankerten Strukturen des Austauschs und der Kommunikation gelten als allgemeiner Rahmen. Innerhalb dessen werden regionale Konzeptionen entwickelt und abgestimmt. Aktivitäten werden vor Ort im Sinne des Bottom-up-Ansatzes bedarfsorientiert umgesetzt:

*„Aber ich glaube, das zeigt auch, dass ein Einheitsbrei nicht funktionieren würde, weil es eben um regionale, individuelle Strukturen geht. [...] Und das zeigt einfach, dass wir hier nichts generalisiert von oben drüberstülpen können, weil das einfach nicht funktionieren würde.“* (Regionale Ebene, Schule, RS3, Int. 3, Sgt. 51).

Durch die regelmäßige Abstimmung untereinander können aufeinander aufbauende Angebote geschaffen werden. Daraus entsteht ein übersichtliches Gesamtkonstrukt, bei dem Parallelstrukturen vermieden werden. Dies fördert die Übersicht und die Auffindbarkeit von Angeboten im „Maßnahmenschungel“:

*„Und zwar, ich würde [...] [Anm.: Landesstrategie] dafür ausgezeichnet sehen, dass auf Landesebene und dann aber auch im Kommunalen, also im Regionalen, erfolgreich dafür gesorgt wurde, dass keine Doppelangebote entstehen, dass eine gemeinschaftliche Koordinierung der Angebote im Übergang Schule, Beruf funktioniert hat. Und damit diesen vielfachen Angeboten, worüber sich ja oft auch im Schulischen vielleicht beklagt wird, dass es da hundert verschiedene Angebote gibt, entgegengearbeitet wurde.“* (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK3, Int. 3, Sgt. 11).

### **3 Diskussion**

Im eingangs beschriebenen Forschungsdesiderat wird die Frage aufgeworfen, welche Strukturen eine Landesstrategie aufweisen sollte, um heterogene Zielgruppen mit spezifischem Unterstützungsbedarf mit Angeboten der Beruflichen Orientierung zu erreichen und somit beim Übergang von der Schule in den Beruf zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die Erreichbarkeit der Jugendlichen sagen, dass die Strukturen der Bundeslandgruppe mit langjährig etablierter Landesstrategie im Übergang Schule – Beruf so aufgebaut sind, dass alle Schülerinnen und Schüler an den Angeboten der Beruflichen Orientierung teilhaben können. Aus den Ergebnissen der quantitativen Analyse

geht hervor, dass die junge Generation diese dann als eher relevant wahrnimmt und eher daran teilnimmt.

In der qualitativen Analyse leitfadengestützter Interviews mit Expertinnen und Experten aus dieser Bundeslandgruppe zeigt sich bei der Umsetzung von unterstützenden Maßnahmen zudem die große Bedeutung von gleichen Bildungschancen. Von den Verantwortlichen vor Ort wird die Teilnahme an Angeboten der Beruflichen Orientierung „losgelöst von einer vorherigen Bedarfsanalyse“ (Regionale Ebene, Schule, RS4, Int. 3, Sgt. 84) ermöglicht, um alle mitzunehmen und die Stigmatisierung Einzelner zu vermeiden (vgl. u. a. Koordinierungsebene, K2, Int. 1, Sgt. 39). Auch so kann die Erreichbarkeit der Jugendlichen gefördert werden. Neben allgemeinen Angeboten werden bedarfsorientiert weitere zielgruppenspezifische Maßnahmen bereitgestellt. Diese werden u. a. von Institutionen wie dem Jobcenter umgesetzt, die Kompetenzen für einen „besonderen Ausschnitt von Zielgruppen“ wie „stärker benachteiligte junge Menschen“ (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK2, Int. 2, Sgt. 56) aufgebaut haben.

Inhaltlich orientieren sich die verschiedenen Formen der Unterstützung an Rahmenvorgaben der Schulebene (vgl. KMK 2017a; Schulgesetzgebung d. Bundesländer), bildungspolitischen Programmen (vgl. BMBF 2019) sowie der Sozialgesetzgebung (vgl. Münder 2020).

Auf die Forschungsfrage nach den Strukturen einer Landesstrategie finden sich in der qualitativen Analyse der leitfadengestützten Interviews mit Expertinnen und Experten aus der Bundeslandgruppe mit langjährig etablierter Landesstrategie im Übergang Schule – Beruf weitere wichtige Antworten. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass diese Formate der „pädagogischen Vorbereitung junger Menschen auf den Übergang von der Schule in die Ausbildung“ (Münk/Scheiermann 2018, 93) vom Austausch verantwortlicher Akteure des Übergangs Schule – Beruf geprägt sind. Vor Ort nehmen koordinierende Vertretungen der schulischen Ebene u. a. an Sitzungen teil, in denen besprochen wird, „welche Unterstützungsbedarfe die Schulen und letztendlich die Schülerinnen und Schüler [...] bezüglich ihres BO-Programms“ haben (Regionale Ebene, Schule, RS4, Int. 3, Sgt. 99).

In Steuerungsgremien, die aus einem Netzwerk relevanter Akteure des Arbeits- und Ausbildungsmarkts bestehen, werden gemeinsam Konzeptionen und Angebote entwickelt, die von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf schulischer Ebene bzw. in der pädagogischen Praxis an die Jugendlichen herangetragen werden.

In der Beschreibung der Interviewpartner wird deutlich, dass die „Initiativen einzelner bildungspolitischer Akteure“ (Schlee/Enggruber 2020, 14) durch koordinierende Funktionsträger und den regelmäßigen Austausch in formalisierten Gremien aufeinander abgestimmt werden. Diese Gremien bestehen auf der Ebene der Region sowie des Landes. Dabei versteht sich insbesondere das regionale Netzwerk bzw. Gremium als „Mittler“ und agiert „zielgruppenspezifisch, so wie es die Schule braucht“ (Regionale Ebene, Region/Kommune, RK4, Int. 3, Sgt. 81).

Beim Blick auf das Gremium auf Landesebene zeigt sich in den Interviews, dass die regionalen Vertretungen darin ihr Stimmrecht nutzen. Sie „fühlen sich [...] ernst genommen, [...] tauschen sich vorher aus und kommen da mit ihren Anliegen rein“ (Landesebene, L2, Int. 5, Sgt. 28).

Durch den fortwährenden Austausch auf verschiedenen Verantwortungsebenen wird ein aufeinander aufbauendes Unterstützungsangebot erarbeitet, das die Jugendlichen unter Berücksichtigung des „Prozesscharakter[s]“ letztlich „über mehrere Jahre“ (Rübner 2020, 501f.) hinweg begleiten kann.

So kann die „Fülle der Instrumente, Maßnahmen und Programme [...] zu einem kohärenten Gesamtkonzept“ verbunden und dem „Maßnahmenschungel“ (Brüggemann/Rahn, 2020, 16) begegnet werden. Dies wird in den Regionen dadurch gestärkt, dass eine Konzeption bzw. Strategie für aufeinander aufbauende Angebote im Übergang Schule – Beruf entwickelt, regelmäßig fortgeschrieben und von politisch Verantwortlichen mitgetragen wird. Die Regionen engagieren sich für diesen komplexen Prozess, obwohl es schwierig ist, „wenn man gemeinsame Ziele vereinbart und die aushandelt und formuliert und überarbeitet [...] und dann in Schrift gießt, sodass dann auch noch mal die Chefs das unterzeichnen können“ (Koordinierungsebene, K1, Int. 1, Sgt. 7).

## **4 Gelingensbedingungen**

Im Folgenden werden kurz Strukturen skizziert, die zum Gelingen einer Landesstrategie zum Übergang Schule – Beruf beitragen können (vgl. methodisch Sittig 2023, 132ff.; ausführliche Gelingensbedingungen ebd., 171ff.).

Dabei lassen sich die Gelingensbedingungen durch ein Gebäude aus verschiedenen Elementen darstellen, die unter dem Dach der Landesstrategie umgesetzt werden. Entsprechend wichtige Bausteine sind in der folgenden Grafik (s. Abbildung 1) abgebildet.

Tragende Bausteine bilden hierbei die Ebene des Landes, die landesweite Koordinierungsstelle, die regionalen Ebene sowie die operativen Ebene vor Ort. Als Fundament zeigen sich Prinzipien gemeinsam „gelebter Praxis“. Dabei lässt sich im Zusammenspiel zwischen diesen Elementen ein umfassendes Netzwerk und Kommunikationsmuster verschiedener Akteure erkennen.

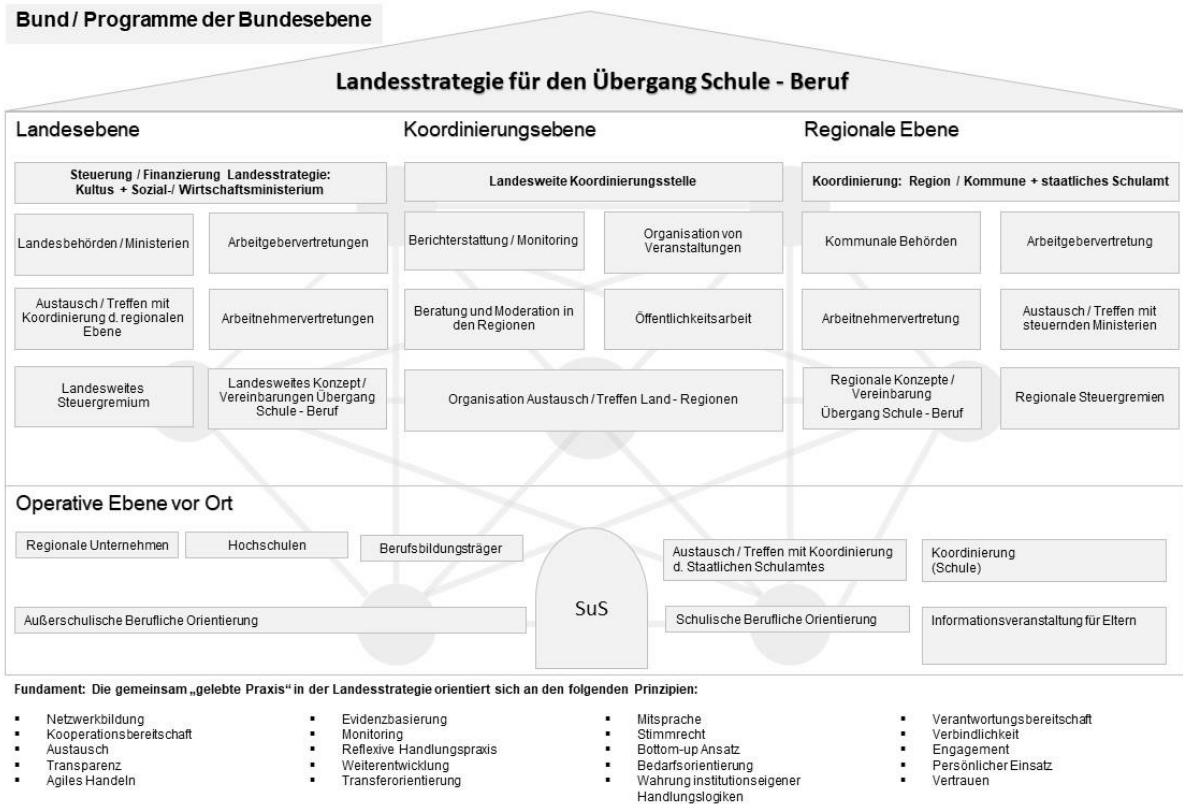


Abbildung 1: Gelingensbedingungen (Quelle: Eigene Darstellung)

#### 4.1 Landesebene

Auf Landesebene sichern Landesministerien den Übergang von der Schule in den Beruf durch entsprechende landesweite Rahmenvorgaben und Finanzierungslinien. Dies erfolgt unter anderem durch das Kultusministerium, das Sozialministerium oder das Wirtschaftsministerium. Eine besondere Rolle nimmt hierbei das Kultusministerium ein. Es bestimmt die Umsetzung der Angebote im Übergang Schule – Beruf durch die Schulgesetzgebung oder entsprechende Erlasse und Verordnungen zur Beruflichen Orientierung. Durch die von der Landesebene geschaffenen Rahmenbedingungen wird die Bereitstellung von Funktionsstellen zur Koordination der Beruflichen Orientierung in den Regionen gesichert.

Auf Landesebene agieren die Ministerien in Abstimmung mit einem Netzwerk aus weiteren zuständigen Landesbehörden und Institutionen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes in einem gemeinsamen Steuerkreis. Dort sind Vertretungen der regionalen Ebene mit Stimmrecht eingebunden. Die Ebene der landesweiten Koordinierungsstelle ist im Landesgremium Berichterstatter. In ergänzenden Formaten findet weiterer Austausch zwischen Vertretungen der regionalen Ebene und den Ministerien statt, der durch die Koordinierungsstelle begleitet wird.

## **4.2 Koordinierungsebene**

Die Koordinierungsebene hat eine Multiplikatorenfunktion zwischen der Landesebene und der regionalen Ebene inne. Durch die Berichterstattung und regelmäßige Monitoring-Befragungen wird die Transparenz über die regionalen Aktivitäten gefördert. Der Stärkung des Transfers dient die Bereitstellung relevanter Informationen und Praxisbeispiele über die Öffentlichkeitsarbeit (Internetseite, Newsletter etc.). Für den übergeordneten Austausch werden überregionale Veranstaltungen und Seminare organisiert und Austauschtreffen zwischen Land und Regionen begleitet. Weitere Unterstützung erfolgt in den Regionen durch die Beratung und Moderation von Gremiensitzungen.

## **4.3 Regionale Ebene**

Die regionale Ebene setzt sich aus Vertretungen der schulischen und der regionalen (kommunalen) Ebene zusammen, die für die Koordination der Aktivitäten vor Ort zuständig sind. Grundlage der Koordinierung auf schulischer Ebene sind unter anderem Vertretungen für den Übergang Schule – Beruf in Funktionsstellen, die am Staatlichen Schulamt angesiedelt sind. Diese treffen sich regelmäßig mit entsprechenden koordinierenden Vertretungen von Schulen. Hier liegt eine Schnittstelle zur operativen Ebene. So können ausgetauschte Informationen in die regionalen Konzeptionen und Vereinbarungen zum Übergang Schule – Beruf einfließen. Dies sind an Schulen zum Beispiel die Schulcurricula zur Beruflichen Orientierung.

Nicht nur für jede einzelne Schule, sondern auch für die gesamte Region wird ein übergreifendes Konzept entwickelt. Dies orientiert sich an den konzeptionellen Vorgaben der Landesebene und den spezifischen Bedarfen vor Ort. Erarbeitet wird es aus einem Steuergremium aus relevanten Institutionen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Diese bilden einen regionalen „Spiegel“ der Akteure auf Landesebene. Mitglieder sind u. a. das Staatliche Schulamt, die kommunale Jugendhilfe bzw. Jugendberufshilfe, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, Arbeitgebervertretungen (Kammern wie IHK und HWK) oder Arbeitnehmervertretungen (Gewerkschaften). Weiterführend werden lokale Institutionen wie z. B. Träger der Berufsbildung oder Vertretungen von Hochschulen hinzugezogen.

Die Mitglieder des Steuergremiums repräsentieren durch ihren institutionseigenen Hintergrund spezifische Förderanliegen. Diese Kompetenz fließt bei den regionalen Planungen durch entsprechende Angebote für die verschiedenen Zielgruppen vor Ort ein.

Das Gremium wird durch die koordinierende Vertretung auf kommunaler Ebene geleitet. Diese bringt sich außerdem bei Arbeitstreffen mit der Landesebene und übergeordneten Veranstaltungen ein, um dort regionale Anliegen zu thematisieren.

#### 4.4 Operative Ebene vor Ort

Vor Ort engagieren sich Institutionen aus dem Bereich Schule, Ausbildung und Studium, die Angebote des Übergangs Schule – Beruf für die Schülerinnen und Schüler sowie Informationsveranstaltungen für deren Eltern umsetzen. Schnittstelle zur regionalen Ebene bilden insbesondere die Vertretungen von Funktionsstellen an den Schulen.

#### 4.5 Fundament

Das Fundament der Landesstrategie bildet das Miteinander der handelnden Akteure vor Ort, das hier kurz skizziert wird. Die „gelebte Praxis“ zeichnet sich durch *Netzwerkbildung* und die Bereitschaft zur *Kooperation* aus. Der *Austausch* in den Steuerungsgremien erfolgt in einer *vertrauensvollen* und offenen Atmosphäre. Die dadurch geschaffene *Transparenz* über vorhandene Angebote ermöglicht, Parallelstrukturen zu vermeiden und Maßnahmen der Beruflichen Orientierung bedarfsorientiert aufeinander abzustimmen. Im Rahmen des *Bottom-up-Ansatzes* ist *Mitsprache* ein wesentliches Element, sodass die Beteiligten ihre Anliegen auf regionaler und landesweiter Ebene mit *Stimmrecht* einbringen können. Durch den regelmäßigen Austausch wird ein Rahmen für *agiles Handeln* geschaffen, welches insbesondere bei akut auftretendem Handlungsbedarf wichtig ist. Erarbeitete Lösungen und erprobte Konzeptionen werden teilweise öffentlich bereitgestellt, wodurch ein *Transfer* in weitere Regionen der Landesstrategie gefördert wird. Die *Verbindlichkeit* der gemeinsam erarbeiteten Konzeptionen wird durch das Unterzeichnen dieser durch die Gremienmitglieder und politisch Verantwortlicher gestärkt.

### 5 Resümee

Mit Blick auf die Forschungsfrage über Strukturen einer Landesstrategie, in der heterogene Zielgruppen mit spezifischem Unterstützungsbedarf mit Angeboten der Beruflichen Orientierung erreicht und somit beim Übergang von der Schule in den Beruf gefördert werden, zeigte sich in der Auswertung der skizzierten Qualifikationsarbeit die zentrale Bedeutung der Koordination von Angeboten. Hierbei wurde die Relevanz langjährig etablierter Prozesse der Kooperation und Netzwerkbildung wichtiger Akteure des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes deutlich.

Im gemeinsamen Austausch zuständiger Institutionen kann das Angebotsspektrum sowie die Konzeption für den Übergang Schule – Beruf aufeinander abgestimmt und bereitgestellt werden, um Jugendliche umfassend zu unterstützen. Die verbindliche, gemeinsam erarbeitete Konzeption einer Region bewegt sich innerhalb von landesweit geschaffenen Rahmenstrukturen. Eine landesweite Koordinierungsstelle erfüllt in dem Zusammenhang eine Multiplikatorenfunktion, um den Austausch über Best-Practise-Beispiele und erprobte Konzeptionen zu fördern. So kann der bestehende „Maßnahmenschungel“ in ein koordiniertes Gesamtsystem überführt werden.

Diese in dieser Ausarbeitung beschriebene Struktur einer Landesstrategie zur Unterstützung Jugendlicher bei ihrem Weg von der Schule in den Beruf dient letztlich auch der Förderung einer nachwachsenden Generation von Fachkräften.



## Literatur

Albert, M./Hurrelmann, K./Quenzel, G. (2019): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Frankfurt.

Andresen, S./Heyer, L./Lips, A./Rusack, T./Schröer, W./Thomas, S./Wilmes, J. (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe. Gütersloh.

Barlovic, I./Ullrich, D./Wieland, C. (2021): Ausbildungsperspektiven im zweiten Corona-Jahr. Eine repräsentative Befragung von Jugendlichen 2021. Gütersloh.

Beicht, U./Walden, G. (2018): Übergang nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund in vollqualifizierende Ausbildung. In: BIBB REPORT. 12, H. 6, 1-20.

Blossfeld, H.-P./Roßbach, H.-G./von Maurice, J. (Hrsg.) (2011): Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. Sonderheft 14, 19-34.

Brüggemann, T./Rahn, S. (2020): Zur Einführung in die 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage: Der Übergang Schule – Beruf als gesellschaftliche Herausforderung und professionelles Handlungsfeld. In: Brüggemann, T./Rahn, S. (Hrsg.): Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. 2. Aufl. Münster, 11-24.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2016): Ergänzende Informationen zum Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2016. Dokumentation der Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsbildung. Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2023): Berufsbildungsbericht 2023. Bonn.

Dohmen, D./Hurrelmann, K./Yelubayeva, G. (2021): Kein Anschluss trotz Abschluss?! Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung. FiBS-Forum, No 76. Berlin.

Friese, M. (2018): Modernisierung der Arbeitslehre. Entwicklungen, Handlungsfelder und Zukunftsgestaltung. In: Friese, M.(Hrsg.): Arbeitslehre und Berufsorientierung modernisieren. Analysen und Konzepte im Wandel von Arbeit, Beruf und Lebenswelt. Bielefeld, 21-48.

Friese, M. (2020): „Nicht trennen, was zusammengehört“ – Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung in der Arbeitslehre. In: Bildung und Erziehung. 73, H. 4,358-374.

Gläser, J./Laudel, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Aufl. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) (2019): OloV-Regionale Strategien und Qualitätsstandards. Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf.

Kultusministerkonferenz (KMK) (2017a): Empfehlung zur Beruflichen Orientierung (Beschluss der KMK vom 08.12.2017). Online:

[https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2017/2017\\_12\\_07-Empfehlung-Berufliche-Orientierung-an-Schulen.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2017/2017_12_07-Empfehlung-Berufliche-Orientierung-an-Schulen.pdf) (20.10.2022).

Kultusministerkonferenz (KMK) (2017b): Dokumentation zur Beruflichen Orientierung an all-gemeinbildenden Schulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.12.2017 i. d. F. vom 13.06.2019). Online:

[https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2017/2017\\_12\\_07-Dokumentation-Berufliche-Orientierung-an-Schulen\\_01.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2017/2017_12_07-Dokumentation-Berufliche-Orientierung-an-Schulen_01.pdf) (20.10.2022).

McDonald's Deutschland (Hrsg.) (2017): Die McDonald's Ausbildungsstudie 2017. Job von morgen! Schule von gestern. Ein Fehler im System? Eine Repräsentativbefragung junger Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2020): Kein Abschluss ohne Anschluss. Übergang Schule – Beruf in NRW. Handbuch zur Umsetzung der Standardelemente und Angebote.

Klemm, K. (2015): Inklusion in Deutschland – Daten und Fakten. Gutachten im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Münder, J. (2020): Arbeitshilfe zur rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des SGB II, III und VIII zur beruflichen Förderung junger Menschen. In: f-bb-online 2020. H. 1.

Münk, D./Scheiermann, G. (2018): Das berufsbildende Schulwesen im Zeichen des demografischen Wandels. In: Friese, M. (Hrsg.): Arbeitslehre und Berufsorientierung modernisieren. Analysen und Konzepte im Wandel von Arbeit, Beruf und Lebenswelt. Bielefeld, 81-98.

Rübner, M. (2020): Berufsorientierung im Rahmen der Arbeitsförderung (SGB III). Instrumente, Forschungsbefunde und Entwicklungsperspektiven. In: Brüggemann, T./Rahn, S. (Hrsg.): Berufsorientierung. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Münster, 492-503.

Schlee, T./Enggruber, R. (2020): Politische Programme zur regionalen/lokalen Vernetzung – eine Bestandsaufnahme und Systematisierung im Übergang Schule-Beruf. Studies in Social Sciences and Culture. Aus der Forschung des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften der HSD. Düsseldorf.

Sittig, M. (2023): Förderung von heterogenen Zielgruppen im Übergang Schule – Beruf. eine empirische Untersuchung von Landesstrategien und regionalen Förderkonzepten der Beruflichen Orientierung. Bielefeld.

Titscher, S./Mayrhofer, W./Meyer, M. (2008): Organisationsanalyse. Konzepte und Methoden. 1. Aufl. Wien.

## Zitieren dieses Beitrags

---

Sittig, M. (2024): Förderung im Übergang Schule – Beruf. Gelingensbedingungen für Landesstrategien und regionale Förderkonzepte der Beruflichen Orientierung. In: *bwp@ Spezial HT2023: Hochschultage Berufliche Bildung 2023*, hrsg. v. Gerholz, K.-H./Annen, S./Braches-Chyrek, R./Hufnagl, J./Wagner, A., 1-18. Online: [https://www.bwpat.de/ht2023/sittig\\_ht2023.pdf](https://www.bwpat.de/ht2023/sittig_ht2023.pdf) (22.01.2023).

## Zitieren nach APA-Stil (7. Auflage, deutsche Version)

Sittig, M. (2024). Förderung im Übergang Schule – Beruf. Gelingensbedingungen für Landesstrategien und regionale Förderkonzepte der Beruflichen Orientierung. K.-H. Gerholz, S. Annen, R. Braches-Chyrek, J. Hufnagl & A. Wagner (Hrsg.), *bwp@ Spezial HT2023: Hochschultage Berufliche Bildung 2023*, 1–18. [https://www.bwpat.de/ht2023/sittig\\_ht2023.pdf](https://www.bwpat.de/ht2023/sittig_ht2023.pdf)

## Die Autorin

---



### Dr. MELANIE SITTIG

Justus-Liebig-Universität Gießen/Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Berufspädagogik/Arbeitslehre

Ludwigstraße 23, 35390 Gießen

[MelanieSittig@gmx.de](mailto:MelanieSittig@gmx.de)

<https://www.uni-giessen.de>